

Die Welt. – 05.09.2019

Von Richard Herzinger

Warum sich viele Diktaturen so lange an der Macht halten

Чому багато диктатур залишаються при владі так довго

В усьому світі існує багато тоталітарних і самодержавних режимів протягом багатьох років. Яка стратегія може зламати їх владу за допомогою санкцій чи тісніших економічних відносин? Президент Дональд Трамп хоче заманювати своїх авторитарних колег до конструктивної співпраці, обіцяючи світле майбутнє для економічного процвітання своїх країн. Тим часом підхід Трампа до Президента Росії Володимира Путіна стає все більш кричущим. Тож він хоче повернути Путіна до кола G7. Трамп, навіть хоче заблокувати військову допомогу США для України.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article199712338/Regime-Warum-Diktaturen-so-lange-an-der-Macht-bleiben.html?wtrid=onsite.onsitesearch>

Weltweit bestehen viele totalitäre und autokratische Regime über viele Jahre. Mit welcher Strategie lässt sich ihre Macht brechen: durch Sanktionsdruck oder engere wirtschaftliche Beziehungen? Der Westen begeht bislang zwei grundsätzliche Irrtümer. Im Umgang mit totalitären und autoritären Regimen wie denen Chinas, Russlands, des Iran und Nordkoreas herrscht aufseiten des Westens Unklarheit und Verwirrung. Soll man Diktaturen durch verstärkten Druck zu Zugeständnissen und Kooperationsbereitschaft zwingen, oder sie vielmehr mittels intensiver Einbindung in wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Vernunft bringen?

Die USA unter Präsident Donald Trump praktizieren derzeit beide Ansätze zugleich. Genauer gesagt, sie probieren in kurzen Abständen mal den einen, mal den anderen aus. Den nordkoreanischen Despoten Kim Jong-un hat Trump zuerst massiv einzuschüchtern versucht, um ihm dann in höchsten Tönen zu schmeicheln und ihn auf miserabel vorbereiteten Gipfeltreffen zu einem Staatsmann auf Augenhöhe aufzuwerten, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten. Um den Anschein aufrechtzuerhalten, dass seine Politik erfolgreich sei, spielt Trump nun sogar neuerliche Raketentests Nordkoreas als unerheblich herunter.

Gegenüber dem Iran fährt Washington einerseits eine Linie des „maximalen Drucks“ mittels wirtschaftlicher Sanktionen. Andererseits signalisiert Trump seine Bereitschaft, in direkten Gesprächen mit der iranischen Führung zu einer raschen Einigung zu kommen, und macht ihr zu diesem Zweck gar Komplimente. Im Falle Nordkoreas wie des Iran will Trump dabei seine autoritären Gegenüber durch die Verheißung einer glänzenden Zukunft ökonomischer Prosperität ihrer Länder in eine konstruktive Zusammenarbeit locken. Eine fatale Fehlkalkulation, denn Autokratien wie diese sind in allererster Linie am Erhalt und an der Ausweitung ihrer Macht interessiert, nicht aber an der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Gesellschaften.

Unterdessen betreibt Trump seine Annäherung an Wladimir Putin immer unverhohlener – im Kontrast zu der scheinbar harten Linie seiner Regierung gegenüber dem Kreml. So will er Putin unbedingt wieder in den Kreis der G7 aufnehmen, obwohl dieser von seiner Aggression gegen die Ukraine keine Abstriche macht. Nun will Trump offenbar sogar die militärischen Hilfsgelder der USA für die Ukraine blockieren.

Die EU bleibt unterdessen unverdrossen bei ihrer Linie, Regime wie das iranische durch den Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen und geduldigen Dialog auf den Weg außenpolitischer Mäßigung und innerer Reformen zu bringen. Dieser Ansatz fruchtet allerdings seit Jahrzehnten nicht. Zuletzt hatte man sich vom Abschluss des Atomdeals mit Teheran eine solche Wendung versprochen. Das Regime

hat sich aber nur immer weiter verhärtet und die durch das Abkommen frei gewordenen Ressourcen in seine Expansionspolitik im Nahen Osten gesteckt.

Regime können katastrophale Wirtschaftslagen überdauern

Diese aktuellen Haltungen gegenüber Diktaturen spiegeln zwei Grundirrtümer wider, die im Westen bezüglich deren Haltbarkeit beharrlich gepflegt werden. Der erste besagt, totalitäre und autokratische Herrschaftssysteme würden sich in dem Maße liberalisieren müssen, wie sie sich wirtschaftlich entwickeln. Dieser Illusion ist der Westen lange Zeit im Blick auf China gefolgt.

Doch hat dessen gigantischer wirtschaftlicher Aufstieg nicht zu einer Aufweichung der Monopolherrschaft der Kommunistischen Partei geführt. Im Gegenteil, unter dem neuen starken Mann Xi Jinping wird die totalitäre Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft sogar wieder deutlich verschärft. Ausgeübt wird sie jetzt auf höchstem technologischen Niveau und funktioniert daher effektiver denn je.

Der zweite Irrtum besteht in der Voraussage, der wirtschaftliche Ruin, in den autoritäre Herrschaftssysteme ihre Gesellschaften treiben, werde sie über kurz oder lang entweder von selbst kollabieren lassen oder gesellschaftlichen Widerstand hervorrufen, der die Machthaber zu reformerischen Zugeständnissen zwingt. In diesem Sinne hofften im Westen viele auf eine unausweichliche Wandlung und Öffnung der Diktaturen im Iran, in Kuba, Nordkorea und neuerdings in Venezuela.

Doch diese Regime haben bewiesen, dass sie sogar katastrophale ökonomische Tiefpunkte durchstehen können, solange ihre Macht- und Repressionsapparate intakt bleiben. Voraussetzung dafür ist, dass diese Regime die Führungseliten ausreichend an der Ausplünderung ihrer Gesellschaften beteiligen können.

Gewiss gab es in der jüngeren Geschichte einige Beispiele dafür, wie Diktaturen auf evolutionärem Weg überwunden und durch funktionierende Demokratien ersetzt werden können: Spanien, Portugal und Griechenland etwa in Europa, Südkorea und Taiwan in Asien. Dabei handelte es sich jedoch um Staaten, die gesellschaftlich und ökonomisch seit Jahrzehnten unter starkem Einfluss der westlichen Demokratien und ihrer politischen Kultur gestanden hatten.

Anders sieht es mit Regimen aus, deren Herrschaftsideologie in ihrem Kern antiwestlich ist. Sie nehmen westliche Einflüsse nur in dem Maße auf, wie sie sich diese zur Festigung ihrer Herrschaft nutzbar machen können, und verhindern umso rigoros, dass sie Bewegungen für mehr bürgerliche Rechte zugute kommen.

Diese Regime werden mit allen Mitteln an ihren den westlichen Wertvorstellungen diametral entgegengesetzten Herrschaftsprinzipien festhalten. Es sei denn, ein substanzieller Teil ihrer Nomenklatura kommt zu dem Schluss, dass es sich für sie mehr lohnt, das Korsett der bisher herrschenden Ideologie abzustreifen und sich die gesellschaftlichen Reichtümer fortan auf eigene Rechnung zur Beute zu machen.

Dies war der Hintergrund für den Niedergang und die schließliche Auflösung der Sowjetunion, die zugleich bewirkte, dass sich ihre osteuropäischen Satellitenstaaten von der ihnen aufgezwungenen Diktatur frei machen und dem demokratischen Westen zuwenden konnten. In Russland allerdings führte das nicht zur Entwicklung einer mit dem Westen kooperierenden Demokratie. Unter Putin errichteten die alten Eliten, nunmehr zu mafiösen Strukturen formiert, im Bündnis mit den Geheimdiensten des alten Regimes erneut eine autoritäre Herrschaft.

Mythos der Allmacht muss bröckeln

Wirtschaftliche Hebel, im positiven wie im negativen, reichen jedenfalls nicht aus, um diesen Typus antiwestlicher Diktaturen aufzuweichen. Es muss von westlicher Seite eine unzweideutige politische Frontstellung hinzukommen, die diesen Regimen konsequent ihre Grenzen aufzeigt und sie bei jedweden politischen Kontakten mit ihren Untaten konfrontiert. Ins Wanken geraten solche diktatorischen Systeme erst, wenn sie auf der Weltbühne empfindliche Niederlagen einstecken müssen,

die sie vor ihren Gefolgsleuten nicht mehr verbergen können, und durch die der Mythos ihrer Allmacht bröckelt.

Für die Sowjetunion war eine solche Niederlage das Desaster in Afghanistan. Für das iranische Regime sowie für Putins Russland wäre dies heute etwa ein erheblicher Rückschlag auf dem Schlachtfeld Syrien. Doch ausgerechnet dort überlassen die USA und die Europäer ihnen widerstandslos das Feld.

Solche exemplarischen Niederlagen müssen indes nicht zwangsläufig militärischer Art sein. So unumgänglich es ist, mit Führern autoritärer Mächte zu sprechen, so vermeidbar ist es doch, sie durch vertrauliche Gesten und Suggestion falscher Harmonie demonstrativ aufzuwerten. Ihnen ihre politische Isolation vorzuführen schadet Autokraten auf Dauer nicht weniger als wirtschaftlicher Druck.